**Bezahlbare Vier-Wände = Lebensqualität**

Eine Podiumsdiskussion

In Deutschland haben 20 Millionen Menschen zusammen weniger Geld als die drei Reichsten. Für Millionen von ihnen bedeutet eine Wohnung Luxusgut.

**„Bezahlbare Vier-Wände = Lebensqualität“** - diesem Thema widmete sich der Integral e.V. zu seinem 15jährigen Bestehen am Samstag, 20. Mai 2017 in einer Podiumsdiskussion.

Bevor es losging, waren schon alle Stühle besetzt, auch Menschen im Rollstuhl nahmen an der Diskussion teil, und dazwischen standen Interessierte, die keinen Platz mehr gefunden hatten. Der Mitarbeiter des Vereins, Günter Frank, eröffnete die Podiumsdiskussion, stellte die Experten am runden Tisch vor, die über einen tiefen Einblick in die Thematik verfügen: Christiane Paulus, Geschäftsführerin vom paritätischen Wohlfahrtsverband, Marko Dörsch, Geschäftsführer der Wohnungsbaugenossenschaft Selbsthilfe, Maria Böhmer, Bayerische Architektenkammer, Peter Faßbender, Planungsamt Stadt Nürnberg und den Moderator Jonas Lanig.

Lanig begann mit dem Satz: „Die eigene Wohnung ist Freiheit.“

Aber wie ist es zu schaffen, dass jeder eine geeignete und bezahlbare Wohnung beziehen kann? Wer ist dafür verantwortlich? Die Politiker? Die Stadt Nürnberg? Der Betroffene selbst? Das Sozialamt? Jeder ein bisschen? Das Verhältnis zwischen den finanziell schlecht gestellten Wohnungssuchenden und den Immobilienangeboten ist in eine dramatische Schieflage geraten.

Innerhalb der letzten 15 Jahre nahm Nürnberg um 35.000 Einwohner zu, sagte Faßbender; ein Größenzuwachs, vergleichbar mit der Stadt Schwabach. Und in den nächsten 10 Jahren sind 10.000 weitere soziale Wohneinheiten erforderlich.

Warum befasst sich die Politik nicht entschlossen genug mit dieser Problematik? Vielleicht, weil der Leidensdruck noch nicht so groß erscheint. Die Experten der Podiumsdiskussion sind sich einig: Jeder Bürger kann selbst zur Lösung des Problems beitragen. Wie soll das funktionieren? Bevor der demographische Wandel noch heftiger zuschlägt, sollen sich die Bürger stark machen, denn sie haben mehr Macht und Mitspracherecht als sie glauben.

Zahlreiche Vereine, Verbände, Genossenschaften kümmern sich darum, Sozialwohnungen zur Verfügung zu stellen. Genossenschaften wurden schon immer dann gegründet, wenn es eng wurde, sagt Dörsch. Und hier ist der Knackpunkt: Am besten funktionieren Genossenschaften, wenn sich viele Bürger engagieren, wenn sie diesen Vereinen beitreten, die keine Gewinn-Maximierer sind, sondern moderate Mieten verlangen.

Auf der anderen Seite stehen die privaten Investoren. Die müssen sich einerseits, wie jeder Bauherr, an die Unsummen verschlingende Energiesparverordnung halten, andererseits sind sie an Profitmaximierung interessiert. Eine kritische Entwicklung, die durch die anhaltende Zinssituation noch begünstigt wird.

Bürger und Vereinsmitglieder können sich dafür einsetzen, den bezahlbaren und sozial geförderten Wohnungsmarkt stark zu machen – einen Gegenwind anzufachen. Ein Beispiel: In manchen Gegenden stellt sich die Stellplatzsatzung als unsinnig heraus. Dort zeigt die Infrastruktur, dass Stellplätze und Tiefgaragen leer stehen. Natürlich sieht es an anderen Stellen wieder anders aus – hier ist vom Planungsamt Fingerspitzengefühl gefragt. Die Zusammenarbeit von Genossenschaften, Bürgern und der Stadt Nürnberg kann richtungsweisend sein. Stadt und Genossenschaften müssen bezahlbare Wohnungen bauen.

Ein Blick in den Raum des Integral e.V. zeigt noch ein weiteres Anliegen – man darf nicht die Menschen vergessen, die auf einen Rollstuhl angewiesen sind. Alte Menschen und Menschen mit körperlicher Behinderung brauchen eine barrierefreie Wohnung, aus der sie selbstständig hinein- und herauskommen. Treppen, die für sie ein unüberwindbares Hindernis darstellen, führen oft in Einsamkeit und Depression.

In den 50er Jahren hieß es: Jeder braucht ein Dach über den Kopf. Aber da blicken wir zurück in eine Zeit, in der eine Wohnung häufig von zwei, drei Generationen bewohnt wurde. Heute dagegen gibt es über 50 Prozent Single-Haushalte in Nürnberg. Ein weiterer Bedarf ist deshalb die Inklusion anstelle funktionaler Trennung. Junge, alte, behinderte und nicht behinderte Menschen sollen sich begegnen können, in kleineren Supermärkten gleich ums Eck, an Orten der Geselligkeit, auf Grünflächen, Bänken. Deshalb heißt das vom Bundestag neu in Kraft getretene Gesetz: „Stärkung des neuen Zusammenlebens in der Stadt“.

Aber was ist denn nun mit unseren Politikern? Es fehlt ihnen an Mut für Abweichungen, meint Dörsch.

Eine neue Zeit ist herangebrochen. Es gab einmal Gutbürger, dann Wutbürger, jetzt ist die Zeit der Mutbürger, welche es selbst in die Hand nehmen. – Welche die Politiker an die Hand nehmen und sie mit ins Boot ziehen. Mutbürger die selbst noch nicht einmal ahnen, wie viel sie bewirken können.